

**The European trade union movement and sustainable development ahead
of the Earth Summit –
a European strategy for quality employment and
the protection of the environment**

ETUC Conference

Seville, 16-18 June 2002

**Aspekte zur Europäischen Klimaschutz- und Energiepolitik aus Sicht der
Europäischen Föderation der Bergarbeiter-, Chemie-, und Energiegewerk-
schaften**

Tomas Nieber

EMCEF

Abteilung: Wirtschaftspolitik -Industriegruppen

Die Europäische Föderation der Bergarbeiter-, Chemie-, und Energiegewerkschaften organisiert in Europa Beschäftigte aus energieerzeugenden und energieintensiven Branchen. Dazu gehören zum Beispiel die Chemieindustrie, die Kautschukindustrie, die Braun- und Steinkohlebergwerke und deren Kraftwerke. Es liegt daher in der Natur der Sache, dass umweltpolitische Fragestellungen seit langem in der EMCEF einen hohen Stellenwert besitzen. Auch mit Fragen des Klimaschutzes hat sich die EMCEF wiederholt auseinandergesetzt.

Die EMCEF und ihre Mitgliedsgewerkschaften bekennen sich uneingeschränkt zum Klimaschutz, d. h. auch zum Kioto-Abkommen und die sich aus diesem Abkommen ergebenden Klimaschutzmaßnahmen.

Bei allen Fehlern und Schwächen die das Kioto-Abkommen enthält, weist es in die richtige Richtung:

- Es ist ein internationales Abkommen, dem außer der USA, alle wichtigen Industrieländer mit hohem Energieverbrauch beigetreten sind. Es verfolgt damit einen globalen Politikansatz, der gerade im Bereich des Klimaschutzes eine unabdingbare Erfolgsvoraussetzung darstellt.
- Es setzt erstmals absolute Emissionsgrenzen bei den wichtigsten Treibhausgasen.
- Es hat eine Reihe von flexiblen Instrumenten geschaffen, die die Grundlage für einen effizienten Klimaschutz darstellen können.
- Es bietet den Staaten entsprechende Zeiträume, um sich in ihrer Klimaschutz- und Energiepolitik auf die Emissionsgrenzen einzustellen.

Das Kioto-Abkommen ist damit ein gelungenes Beispiel für den Versuch, Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung in ein konkretes internationales Abkommen zu integrieren. Eine nachhaltige Entwicklung ist nur dann zu erreichen, wenn die drei

Dimensionen der Nachhaltigkeit: Ökologie, Ökonomie und Soziales gleichwertig und integriert betrachtet werden.

Auch im Klimaschutz und in der Energieversorgung sind diese drei Dimensionen zu berücksichtigen. Sie haben die Basis für weitere Schritte beim Klimaschutz und auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energiepolitik zu bilden.

Konkretisiert man diese drei Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung für den Energiesektor, sind mindestens drei Eckpunkte in einer europäischen Energiepolitik zu berücksichtigen, um zu einer nachhaltigen, und damit dem Klimaschutz dienenden Energieversorgung zu kommen.

1. Langfristige und sichere Energieversorgung

Eine Politik die auf einer langfristigen und sicheren Energieversorgung aufbauen will, hat folgende Rahmenbedingungen zu beachten.

Erstens ist der europäische Energiesektor in steigendem Maß von einer hohen Importabhängigkeit gekennzeichnet. Schon heute wird ein erheblicher Teil der Energiedienstleistungen in Europa mit importierter Primärenergie produziert. Deutschland führt beispielsweise bereits 74% seiner gesamten Primärenergien aus dem Ausland ein. Der Straßen-, Flug- und Schiffsverkehr ist europaweit zu fast 100% vom Mineralöl. Die Europäische Kommission hat wiederholt auf die Risiken dieser Importabhängigkeit hingewiesen.

Zweitens wird Europa – aber auch die übrige Welt – noch lange Zeit auf fossile Energieträger angewiesen sein, um eine sichere und ausreichende Versorgung mit Energie sicherzustellen. Welche Folgerungen sind aus diesen beiden Rahmenbedingungen für eine sichere Versorgung mit Energie zu ziehen?

Die Europa muss sollte seine heimischen Ressourcen an Primärenergien erhalten und weiter nutzen. Es wäre ökonomisch und ökologisch falsch, aus kurzfristigen Erwägungen heraus, heimische Energieträger, wie beispielsweise die Braun- und Steinkohle **n i c h t** für eine sichere Energieversorgung zu nutzen. Sie können bilden einen sicheren und langfristigen Sockel in Europa bilden. Die hohe Importabhängigkeit Europas gegenüber Ländern, die nicht zu den stabilen und sicheren Regionen dieser Welt gehören, kann mit den heimischen Ressourcen an Primärenergieträgern reduziert werden. Für den Klimaschutz von Bedeutung ist dabei, dass diese heimischen Energieträger vielfach schon heute mit dem höchsten Effizienzstandards in den Kraftwerken zu Strom und Wärme umgewandelt werden. Die zunehmende Verwendung von Erdgas zu Verstromungszwecken ist kritisch zu betrachten. Die Erdgasvorräte reichem bei weitem nicht so lang, wie die der Steinkohle, und Erdgas ist zudem ein zu wertvoller Rohstoff, als dass er in Kraftwerken verbrannt werden sollte.

Neben der nachhaltigen Nutzung heimischer Primärenergieträger ist der Ausbau von regenerativen Energien weiter voranzutreiben, soweit dies nicht zu unzumutbaren Kostenbelastungen für die Verbraucher und die Unternehmen führt. Dazu sollte Europa in erster Linie seine Forschungsaktivitäten weiter intensivieren, damit regenerative Energien zu wettbewerbsfähigen Preisen in den

Markt kommen können. Es ist jedoch vor der Illusion zu warnen, dass regenerative Energien in absehbarer Zeit eine wesentliche Basis der europäischen Energieversorgung darstellen können.

Genauso wichtig wie die regenerativen Energien sind Maßnahmen, die zu einer rationalen Energieverwendung und zu Energieeinsparungen führen. So sind beispielsweise im Bereich des Altbaubestandes (Wohnungen, Büros und Fabrikationsgebäude) erhebliche Energieeinsparungspotentiale vorhanden. In Deutschland fallen fast 95% des gesamten Heizenergiebedarfs auf den Altbaubestand. Fast 30% des Energiebedarfs entfallen in Deutschland auf Heizungsbedarf von Gebäuden. Hier könnten in Europa erhebliche Energiemengen eingespart und somit erhebliche Beiträge zum Klimaschutz geleistet werden. Die Materialien und Technologien zur Wärmedämmung und zum effizienten Energieeinsatz sind erprobt und bewährt, es fehlt jedoch an (steuerlichen) Anreizen für die Gebäudebesitzer, zu investieren. Programme zur Wärmedämmung wären unter energieeffizienten Gesichtspunkten dringend geboten. Sie hätten zusätzlich den positiven Effekt, einen Beitrag zur besseren konjunkturellen Entwicklung des Bausektors, und zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung insgesamt zu leisten. Auch im Bereich der Neubauten könnten - durch europaweit geltende höhere Vorschriften für Wärmedämmung - ebenfalls wirkungsvolle Beiträge zum Klimaschutz erfolgen.

2. Wettbewerbsfähigkeit

Die kostengünstige Erstellung von Energiedienstleistungen ist für die wirtschaftliche Entwicklung und für das Wohlergehen Europas eine entscheidende Größe. Dies sollte auch im Fokus gewerkschaftlicher Politik bleiben, weil Millionen von Arbeitsplätzen in Europa in energieerzeugenden, energieintensiven Industrie, aber auch im verarbeitenden Sektor insgesamt davon abhängen, ob ihre Unternehmen international wettbewerbsfähige Energiepreise anbieten oder nutzen können. In einer globalisierten Weltwirtschaft sind Energiepreise ein nicht unbedeutender Standort- und Wettbewerbsfaktor. Es erscheint nicht sinnvoll, auch aus Umweltgesichtspunkten, hoch effiziente Arbeitsplätze aus Europa aufgrund von nicht wettbewerbsfähigen Energiepreisen zu verlagern oder noch mehr Primärenergie und Strom aus anderen Teilen der Welt zu importieren.

3. Umweltverträglichkeit

Angesichts der klimapolitischen Herausforderung muss die Umweltverträglichkeit der Energieversorgung höchste Priorität besitzen. Es ist daher zu begrüßen, dass sich die EU hohe Klimaschutzziele gesetzt hat (8% Treibhausgasminderung bis 2012). Einige europäische Länder gehören bei der Treibhausgasminderung zur Weltspitze und haben bereits erhebliche Minderungsleistungen erbracht. In anderen Ländern steigen Energieverbrauch und Emissionen. So wuchsen die Treibhausgasemissionen in Japan von 1990 bis 1998 um 8%, und in den USA im gleichen Zeitraum um 12%. Ein rückläufiger

Trend ist in den USA - im Gegensatz zu Europa - nicht zu erkennen. Es gibt Schätzungen, dass die USA bis zum Jahre 2020 bis zu 43% mehr Treibhausgasemissionen erzeugen wird, als 1990. Aber auch weltweit wird nach Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA) der Ausstoß von Treibhausgasen - trotz Kioto - weiter zunehmen.

Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, müssen die Klimaschutzinstrumente weiterentwickelt werden, die einen globalen Ansatz verfolgen. Weiter muss mit aller Kraft daran gearbeitet werden, dass die im Klimaschutz erfolgreichen Länder in Europa Unterstützung erfahren. So sollten ihre Erfolge und ihre Instrumente von anderen Ländern aufgegriffen und importiert werden. Nur so ist der globalen Herausforderung des Klimaschutzes zu begegnen. Mit der gleichen Intensität muss auch daran gearbeitet werden, dass alle Länder der Welt dem Klimaschutz höchste Priorität einräumen.

Ehrgeizige Klimaschutzziele der EU oder einzelner europäischer Länder sind notwendig und zu begrüßen. Es nutzt aber dem Klimaschutz wenig oder gar nicht, wenn Vorreiter zu Einzelgängern werden. Alle großen Industrie- und Entwicklungsländer müssen sich verbindliche und ehrgeizige Klimaschutzziele setzen. Das "Ausscheren" von Staaten (z.B. der USA) aus dem Klimaschutz oder auch, wie im Kiotoprotokoll geschehen, die Aufweichung von verbindlichen Minderungszielen für bestimmte Länder, birgt die Gefahr von wirtschaftlichen Nachteilen für die Staaten mit ehrgeizigen Zielen. Der Verlust von Beschäftigung und strukturpolitische Verwerfungen sind damit vorprogrammiert. Es besteht die Gefahr, dass Erfolge der Europäischen Union oder einzelner europäischer Staaten konterkariert werden, wenn die Emissionsquellen lediglich in andere Bereiche der Welt verlagert werden. Sind die Treibhausgaserminderungskosten in einem Land oder einer Region zu hoch, werden in einer globalisierten Wirtschaft Unternehmen und Standorte in Länder mit geringeren Kosten verlagert. Oder die Verbraucher in Europa kaufen sich verstärkt die Produkte, die aufgrund niedriger Energiekosten im außereuropäischen Bereich hergestellt werden. Entscheidend ist, dass durch solche Verhaltensweisen dem Klimaschutz nicht gedient ist.

Zusammenfassung

Der Klimaschutz stellt einer der großen Herausforderungen für eine nachhaltige Energiepolitik dar. Nach Prognosen der IEA werden die Emissionen bis zum Jahr 2020 um jährlich ca. 500 Mio. Tonnen pro Jahr steigen. Der größte Teil dieses Anstiegs wird dabei von den Entwicklungsländern kommen. Eine Klimaschutzpolitik die auf europäische oder nationale Alleingänge setzt, greift damit eindeutig zu kurz. Gefragt sind Problemlösungen, die der globalen Dimension des Klimaschutzes gerecht werden. Damit muss im Klimaschutz und auch in der Energiepolitik zentral auf internationale und weltweit verbindliche Regelungen gesetzt werden.

Die europäischen Gewerkschaften sollten dafür eintreten, dass neben den

eigenen nationalen und europäischen Klimaschutzmaßnahmen die flexiblen Instrumente des Kioto-Abkommens intensiv genutzt werden. Der internationale Staatenhandel mit Treibhausgaszertifikaten, Joint Implementation und Clean Development Mechanismen, bieten den großen Vorteil, die Mittel dorthin zu lenken, wo die größten Minderungen bei den Treibhausgasen erreicht werden. Die Zielländer von Joint Implementation-Projekten und Clean Development Mechanismen-Projekten werden gleichzeitig beim Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung unterstützt.

Tomas Nieber

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Hauptverwaltung

Abteilung: Wirtschaftspolitik -Industriegruppen

Königsworther Platz 6

30167 Hannover

Telefon (0511)7631-0

Durchwahl 0511/7631-337

Fax 0511-7631-770

tomas.nieber@igbce.de